

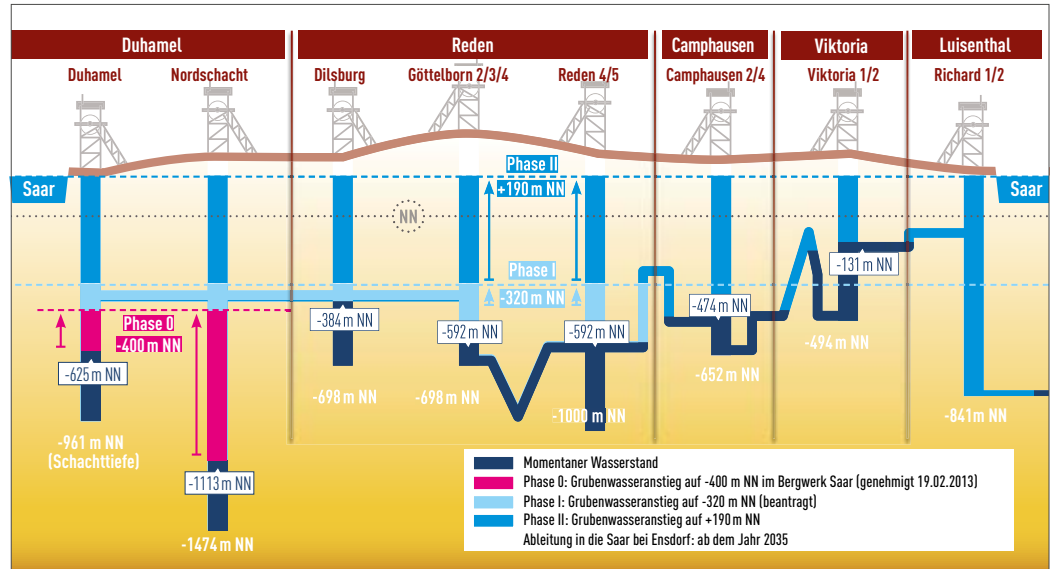
NEWTICKER

FINANZKOMPROMISS SICHERT ZUKUNFT DES LANDES NICHT

Bis zu 240 Millionen Euro jährlich mehr wird das Saarland ab 2020 an Finanzhilfen erhalten. Dieses Ergebnis der Bund-Länder-Finanzverhandlungen gibt jedoch keinen Anlass zur Euphorie. Denn pro Jahr trägt das Land bereits Altlasten von einer Milliarde Euro (Kredite und Versorgungsausgaben). Auch wird mit den zusätzlichen Finanzhilfen der riesige Berg an Altschulden von 14 Milliarden Euro nicht ansatzweise abgetragen werden können. Hinzu kommen noch 3,8 Milliarden Euro Schulden auf Seiten der Städte und Gemeinden. Den wichtigen Altschuldentilgungsfonds, den die Landesregierung als oberstes Ziel ausgerufen hatte, konnte man nicht durchsetzen. Umso wichtiger wäre es nun, endlich die Einnahmenseite des Landes zu stärken. Doch hier vermissen wir von der Landesregierung jegliche Impulse. Sie hat keinerlei Initiativen ergriffen, um eine echte Erbschaftssteuerreform und eine gerechte Besteuerung sehr hoher Einkommen zu erreichen, obwohl dies im Koalitionsvertrag von CDU und SPD als Ziel formuliert ist. Sie riskiert den Verlust von Steuereinnahmen durch Stelleneinsparungen in der Finanzverwaltung. Wir fordern, vor allem die Betriebsprüfung deutlich aufzustocken.

MEHR MITBESTIMMUNG FÜR UNSEREN NACHWUCHS

Um der wachsenden Politikverdrossenheit zu begegnen, müssen wir schon bei Kindern und Jugendlichen das Interesse an der demokratischen Meinungsbildung wecken. Wie das aussehen könnte, hat eine von uns beantragte Anhörung gezeigt. Unsere Forderung nach einer Absenkung des Wahlalters auf 16 bei Kommunalwahlen hat breite Zustimmung unter den Kinder- und Jugendschutzorganisationen gefunden. Auch herrscht Konsens darüber, dass Kinder und Jugendliche bei Entscheidungen, die ihre Gemeinde betreffen, stärker eingebunden werden müssen. Um das zu erreichen, fordern wir die verbindliche Einrichtung von Kinder- und Jugendbeiräten in allen Saar-Kommunen. Verbesserungsbedarf gibt es auch im Bereich der schulischen Mitbestimmung. So sollten Schülerinnen und Schüler mehr Möglichkeiten erhalten, was etwa die Mitgestaltung der Schulordnung angeht. Wir erwarten von Bildungsminister Commerçon, das Schulmitbestimmungsgesetz entsprechend zu überarbeiten.



Quelle RAG + eigene Recherche

Für den Schutz des Trinkwassers: Pläne der RAG stoppen!

Verseuchung des Trinkwassers, Vernässungen, Erdbeben: Das sind nur einige der Risiken, die von einer Flutung der ehemaligen Bergbaustollen ausgehen. Bis zu 600.000 Saarländerinnen und Saarländer könnten von den Folgen betroffen sein. Der Bergbaukonzern RAG will sich damit die immensen Kosten für das Abpumpen des Wassers sparen. Wie wir mit unserer Parlamentsarbeit aufgedeckt haben, hat die Landesregierung in den letzten Jahren bei den Plänen zur Grubenflutung größtenteils unkritisch mitgespielt.

Im Jahr 2006 war der Bergbaukonzern RAG noch der Auffassung, dass das in die saarländischen Bergbaugruben eindringende Regenwasser dauerhaft abgepumpt werden muss. Man dürfe das Risiko einer Kontaminierung des Trinkwassers nicht eingehen, da dieses überhaupt nicht einschätzbar sei. So ist es in einem Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG dokumentiert, auf dessen Grundlage der sogenannte Erblastenvertrag geschlossen wurde.

Doch inzwischen hat die RAG eine Kehrtwende vollzogen und will die Schächte in einem mehrstufigen Verfahren fluten. Im Jahr 2035 soll das Wasser drucklos in die Saar überlaufen. Ein Teil dieses Grubenwasserhaltungskonzepts, die Flutung des Bergwerks Saar bis minus 400 Meter unter Normal Null, wurde von der Landesregierung im Februar 2013 vorbei an der Öffentlichkeit bereits genehmigt. Eine weitere Phase der Flutung, der Anstieg des Wassers in Duhamel und Reden bis auf minus 320 Meter, wurde von der RAG inzwischen beantragt.

WAS SIND DIE HINTERGRÜNDE?

Um das Regenwasser abzupumpen, ist ein enormer technischer Aufwand nötig. Pro Jahr fallen für die RAG dadurch 17 bis 20 Millionen Euro an. Mit

dem Abstellen der Pumpen will sich der Konzern diese Kosten sparen.

WELCHE GEFAHREN BESTEHEN?

Das Grubenwasser ist stark salzhaltig und dürfte sich schon deshalb eigentlich nie mit dem Grundwasserleiter vermischen. Doch das könnte durch einen vollständigen Wasseranstieg geschehen. Darüber hinaus haben wir mit unserer Parlamentsarbeit aufgedeckt: In den Gruben lagern tonnenweise Giftstoffe, darunter krebserregendes PCB, das in Hydraulikölen verwendet wurde. Die RAG kann weder Angaben über dessen genaue Menge machen noch darlegen, inwieweit Gift- und Gefahrenstoff ordnungsgemäß entsorgt wurden.

Schon heute ist das Grubenwasser, das gepumpt wird, stark mit PCB belastet. Die Grenzwerte werden bis zum Zehnfachen überschritten. Durch eine Flutung der Schächte käme das Grubenwasser mit weiteren Giftstoffen in Verbindung und würde diese ausspülen. Letztlich könnte sogar das Trinkwasser kontaminiert werden. Weitere Risiken sind Erdbeben durch Spannungswechsel im Gebirge, Hebungen der Erdoberfläche, Ausgasungen von Grubengas und Vernässungen.

weiter nächste Seite

WELCHE ROLLE SPIELT DIE LANDESREGIERUNG?

Diese Frage haben wir zum Thema eines Untersuchungsausschusses im Landtag gemacht. Inzwischen steht fest: Der frühere Wirtschaftsminister Heiko Maas wurde bereits im September 2012 von der RAG über ihre Pläne für den vollständigen Wasseranstieg und das Vorhaben einer Teilflutung des Bergwerks Saar informiert. Doch hat er die Öffentlichkeit und das Parlament darüber im Dunkeln gelassen. Außerdem haben die eigenen Fachbehörden der Landesregierung zunächst erhebliche Bedenken gegen die Teilflutung geäußert.

Auch Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer war in das Verfahren zur Flutungs-Genehmigung eingebunden. Sowohl sie als auch Maas haben sich blind auf die Pläne der RAG und die Einschätzung der Bergbehörden verlassen und erhebliche Umweltrisiken ignoriert. Denn die Problematik von Giftstoffen unter Tage wurde vor der Genehmigung nicht hinterfragt. Und ein von uns beauftragtes Rechtsgutachten hat ergeben, dass die Genehmigung des Wasseranstiegs sogar rechtswidrig war. Es hätten vorab eine Umweltverträglichkeitsprüfung und Öffentlichkeitsbeteiligung stattfinden müssen.

WAS HABEN WIR BISLANG ERREICHT?

Wir konnten erreichen, dass die Landesregierung die RAG inzwischen dazu aufgefordert hat, die Thematik Giftstoffe unter Tage in ihrem Grubenwasserhaltungskonzept zu berücksichtigen. Infolge unserer Aufarbeitung der Flutungsproblematik haben mehrere Gemeinden Widerspruch gegen den Wasseranstieg im Bergwerk Saar eingelegt. Dadurch laufen die Pumpen zurzeit wieder. Nalbach hat sogar gegen die Flutung Klage eingereicht. Außerdem sind wir seit Juni 2016 mit einer Veranstaltungsreihe in den saarländischen Kommunen unterwegs und informieren über das Thema Grubenflutung.

Unsere Forderungen:

- Zum Schutz des saarländischen Trinkwassers: kein kompletter Grubenwasseranstieg
- Die Genehmigung für die Flutung des Bergwerks Saar widerrufen
- Unabhängige Gutachten zu allen möglichen Folgen eines Grubenwasseranstiegs einholen
- Landtag, Kommunen, Bevölkerung und Umweltverbände in Genehmigungsverfahren mit einbeziehen
- Bergschadensvermutung auch für Schäden infolge des Wasseranstiegs

Aktueller Antrag:

Grubenflutung – Salamatik aufgeben, unabhängige Gesamtbewertung der Gefahren eines Grubenwasseranstiegs sicherstellen!
landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1818.pdf

Vollständige Chronologie der Grubenflutungen im Saarland:
www.gruene-fraktion-saar.de/chronologie-grubenflutung-saarland/

Hochschulen zukunftsicher gestalten!



wikipedia, CC BY-SA 3.0, Dirk Weishaar

Die Hochschulen sind der Zukunftsmotor für das Saarland. Sie bilden hervorragende junge Fachkräfte heran, die später mit ihrer Arbeitskraft das Land bereichern und die Wirtschaft stärken. Die Landesregierung ist jedoch auf dem besten Weg, die Hochschullandschaft mit einem herben Sparkurs nachhaltig zu schädigen.

7,5 Millionen Euro: Auf diese Summe beläuft sich inzwischen die jährliche Haushaltslücke der Saar-Universität. Dieser enorme Fehlbetrag ist ein Ergebnis des rücksichtslosen Sparkurses der Landesregierung im Hochschulbereich. Die Saar-Uni musste infolge dessen bereits wichtige Serviceangebote für Studierende einschränken. Fakultäten wurden zusammengelegt, Fächer-schließungen scheinen vorprogrammiert.

Die Rechnung ist denkbar einfach. Verschlechtern sich die Studienbedingungen, werden es sich Studieninteressierte aus dem Saarland und von außerhalb zweimal überlegen, an den hiesigen Hochschulen ein Studium aufzunehmen. Ein nachhaltiger Imageverlust droht. Auch die Situation für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist prekär. 82 Prozent von ihnen arbeiten in befristeten Verträgen. Eine mittel- oder langfristige Karriereplanung wird dadurch unmöglich.

SANIERUNGSSTAU

Der Sparkurs geht den Hochschulen an die Substanz – im wahrsten Sinne des Wortes. Auf über 400 Millionen Euro beläuft sich der Sanierungsbedarf an den Gebäuden der Saar-Uni. Auch an der HTW zeichnet sich ein größerer Sanierungsstau ab. Da das Land die Bauherrenschaft über die Gebäude innehat, kam es in der Vergangenheit zu Verzögerungen bei der Umsetzung von Sanierungsarbeiten. Dadurch sind bis zu 45 Prozent des vorhandenen Budgets ungenutzt geblieben.

SCHLISSUNG DES BOTANISCHEN GARTENS

Ein großes Opfer hat der Sparkurs bereits gefordert. Die Saar-Uni sah sich dazu gezwungen, den Botanischen Garten zum April 2016 zu schließen. Trotz mehrfacher Anträge unserer Fraktion, Mittel für den Erhalt der Einrichtung bereitzustellen und Kooperationen etwa mit

dem Saarbrücker Zoo zu prüfen, hat die Landesregierung den Garten sterben lassen. Dem Saarland ist damit ein wichtiger Kultur- und Lernort verloren gegangen, der mehr als 2.000 teils exotische Pflanzenarten beherbergt.

Wer an der Hochschullandschaft spart, der spart an der Zukunft des Landes. Die Landesregierung darf die Hochschulen nicht länger als wirtschaftliche Belastung, sondern muss sie als Zukunftswerkstätten begreifen. Nur mit einer ausreichenden Finanzausstattung werden sie in die Lage versetzt, ein vielfältiges Forschungs- und Fächerangebot vorzuhalten und für Studierende und Wissenschaftler attraktiv zu bleiben.

Daher fordern wir:

- die Landeszuwendungen für die Saar-Uni um zehn Millionen Euro jährlich, für die HTW um zwei Millionen Euro jährlich aufzustocken
- die Bildungs- und Kulturstätte „Botanischer Garten“ wiederzueröffnen
- die Bauherrenfunktion der Gebäude auf die Hochschulen zu übertragen, um Sanierungsarbeiten zügig in die Wege zu leiten
- den Anteil befristeter Verträge zu reduzieren, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Zukunftsperspektive zu geben
- die Attraktivität der Hochschulen durch einen Ausbau von digitalen Angeboten, beispielsweise Online-Kurse und -Vorlesungen, zu erhöhen

Aktuelle Anträge:

Botanischen Garten in den Winterschlaf versetzen – Möglichkeiten der Weiterfinanzierung ausloten
landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1773.pdf
 Sanierungsstau an den Hochschulen anpacken
landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1743.pdf

Umweltfreundlichen Verkehr stärken!

LANDTAG BESCHLIESST AUF GRÜNEN-INITIATIVE ZÜGIGEN AUSBAU DER RADWEGE

Wer sein Fahrrad für Alltagsfahrten nutzt und das Auto stehen lässt, trägt nicht nur zu Reduzierung des Verkehrslärms bei. Er leistet auch einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz.

Allerdings steigen im Saarland nur zwei Prozent der Bevölkerung regelmäßig aufs Fahrrad um. Das liegt mitunter daran, dass der Ausbau der Radwege nicht vorankommt. Damit sind wir bundesweit Schlusslicht.

Wie wir mit Anfragen herausgefunden haben, hat die Landesregierung zwischen den Jahren 2012 und 2015 gerade einmal 15 Kilometer an Radwegen hinzugebaut. Von einer Umsetzung des Radwegeverkehrsplans der Grünen-Vorgängerregierung aus dem Jahr 2011, der eine konsequente Verdichtung des Wegenetzes vorsieht, kann keine Rede sein.

Aus diesen Gründen haben wir die Landesregierung mit einem Plenarantrag im September

2016 aufgefordert, endlich nachhaltig in den Ausbau der Radwege im Saarland zu investieren. Und unsere Initiative hat Erfolg gezeigt. Der Antrag wurde von allen Landtagsfraktionen verabschiedet.

Nun muss die Landesregierung zügig ihre Planung für den weiteren Ausbau der Alltags- und touristischen Radwege vorlegen. Darüber hinaus wurde mit unserem Antrag beschlossen, die Verknüpfung des Öffentlichen Personennahverkehrs mit dem Fahrrad zu verbessern. Das heißt, es muss künftig eine durchgängige und kostenfreie Fahrradmitnahme, insbesondere in Zügen und in der Saarbahn, ermöglicht werden.

Antrag Radverkehr:

Bedingungen für den Alltagsradverkehr verbessern

www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1936-neu3.pdf

FÜR EINE ECHTE REFORM DES ÖPNV

Jährliche Preiserhöhungen, schlechte Anbindung ländlicher Gebiete und eine undurchsichtige Tarifstruktur: Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) im Saarland gerät aufs Abstellgleis. Wir haben uns mit einem Gesetzentwurf daher für eine Reform eingesetzt, um einen ÖPNV aus einem Guss mit fairen Preisen zu erhalten.

Die Preise steigen, die Fahrgastzahlen sinken. Dieser Trend im saarländischen Öffentlichen Personennahverkehr ist seit Jahren zu beobachten. Daher hatte die Landesregierung bereits vor der Sommerpause 2013 eine Novelle des ÖPNV-Gesetzes angekündigt. Auf dem Tisch lag es jedoch erst drei Jahre später.

Von einer dringend notwendigen Reform sind wir damit aber noch weit entfernt. Denn das Land will wie bisher auch nach eigenem Gusto über die Verteilung der Bundesmittel für den ÖPNV an die Verkehrsunternehmen entscheiden. Und entschieden hat man bereits, dass die Busunternehmen keine Zuschüsse mehr für die Anschaffung neuer Fahrzeuge erhalten. Damit ist abzusehen, dass die Betriebe die Mehrkosten in Form höherer Fahrpreise auf die Kunden abwälzen werden.

Dieser Gesetzentwurf beseitigt die grundlegenden Probleme des ÖPNV im Saarland nicht. Daher haben wir einen eigenen Entwurf für eine Reform vorgelegt und diesen mehrfach ins Plenum des Landtages eingebracht.

Unsere Kernforderung:

Echten Verkehrsverbund schaffen! Die Aufgabenträger (Land, Kreise und Kommunen) sollen sich zusammenschließen und gemeinsam über die Verteilung der Gelder im ÖPNV sowie die Planung und Gestaltung der Verkehrsleistungen entscheiden.

Die Konsequenzen:

- Die bereitstehenden Mittel würden gerechter verteilt und effizienter eingesetzt, wodurch Preissteigerungen vermieden werden
- Die Abstimmung zwischen den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen würde verbessert, was den Weg frei zu einem konsequenten Ausbau des ÖPNV-Netzes im Saarland macht

ÖPNV-Gesetz:

Gesetz zur Neuregelung des ÖPNV im Saarland

www.landtag-saar.de/Drucksache/Gs15_1389.pdf

MARODE STRASSEN: ZERFALL DER INFRASTRUKTUR STOPPEN!



wikipedia, CC BY-SA 4.0, Kondephy

Eine funktionsfähige Infrastruktur ist Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes. Doch im Haushaltsnotlageland Saarland verfällt sie zusehends. Alleine 42 Prozent aller Bundesstraßen sind marode.

Was die Sanierung von Bundesfernstraßen (Autobahnen und Bundesstraßen) angeht, übernimmt der Bund zwar die Finanzierung von Projekten, nicht jedoch die Planung. Und eben bei der Planung kommt das Saarland wegen seiner knappen Personalausstattung nicht hinterher und hat seit dem Jahr 2012 insgesamt 26 Millionen Euro an Bundesmitteln verfallen lassen.

Was muss passieren? Es ist generell der richtige Schritt, dass der Bund mit der Einführung einer Bundesautobahngesellschaft die Planung von Bauprojekten künftig übernehmen will. Allerdings erwarten wir, dass diese Gesellschaft in öffentlicher Hand verbleibt und auch für die Bundesstraßen zuständig sein wird.

Außerdem muss das Saarland selbst für zusätzliche Planungskapazitäten sorgen. Daher haben wir mit einem Plenarantrag den Beitritt des Landes in die Projektmanagementgesellschaft DEGEGS gefordert. Diese plant Straßenbauprojekte und kümmert sich um die Umsetzung. Dadurch könnte das Land personell entlastet werden und wäre in der Lage, die zur Verfügung stehenden Bundesmittel rechtzeitig abzurufen.

Anträge:

Erhalt der Verkehrsinfrastruktur sicherstellen – DEGEGS beitreten
www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1815.pdf
 Bündelung der Zuständigkeiten und Ressourcen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur
www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1775.pdf



Fotolia, contrastwerkstatt

Für Bildungsgerechtigkeit: Mehr Gebundene Ganztagschulen, kleinere Klassen!

Wir müssen allen Kindern einen gleichberechtigten Zugang zur Bildung ermöglichen. Diesem Anspruch gerecht zu werden, ist heute schwieriger denn je. Die Lehrerinnen und Lehrer sehen sich mit immer mehr Betreuungsaufgaben konfrontiert, sei es durch die Umsetzung der Inklusion oder die steigende Zahl an Flüchtlingskindern.

Für uns ist damit seit Langem klar: Der von der Landesregierung geplante Abbau von 588 Lehrstellen bis 2020 entbehrt jeglicher Grundlage. Und obwohl wir seit Jahren auf einen steigenden Bedarf an Lehrpersonal hingewiesen haben, hat Bildungsminister Commerçon erst gegen Ende des Jahres 2015 den Stellenabbau vorerst gestoppt.

WEITERE LEHRERSTELLEN SCHAFFEN!

Doch das reicht nicht aus, um die Qualität der Bildung zu erhöhen. Die Landesregierung muss dazu die Klassengrößen reduzieren und entsprechend mehr Lehrerinnen und Lehrer einstellen. So haben beispielsweise Flüchtlingskinder einen besonderen Betreuungsbedarf. Gleiches gilt für Schüler, die infolge der Umsetzung der Inklusion nun an Regelschulen unterrichtet werden. Ihren Bedürfnissen können wir nur gerecht werden, wenn wir sie in kleinen Lerngruppen unterrichten. Wir fordern, den Klassenteiler an den Grundschulen auf 22, an den weiterführenden Schulen auf 25 Schülerinnen und Schüler zu begrenzen.

AUSBAU DER GEBUNDENEN GANZTAGSSCHULEN

Die Gebundenen Ganztagschulen leisten mit ihrem umfassenden Betreuungsangebot einen wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Vor allem Kinder aus sozial schwächeren

Verhältnissen profitieren hiervon. Denn ihre Eltern sind häufig mit der Hausaufgabenbetreuung überfordert und wünschen sich professionelle Unterstützung.

Zwar sind die Gebundenen Ganztagschulen im Saarland personell sehr gut ausgestattet. Laut einer Bertelsmann-Studie stehen an den Ganztags-Grundschulen für 32 Zeitstunden pro Woche pädagogische Fachkräfte zusätzlich zum normalen Unterricht bereit. Das sind mehr als in jedem anderen Bundesland. Die Eckpunkte für die Personalausstattung im Lehrer- und sozialpädagogischen Bereich wurden in der Zeit der Grünen Vorgängerregierung festgeschrieben.

Was den zahlenmäßigen Ausbau dieser Schulen angeht, sieht die Sache weniger rosig aus. Während im Bundesdurchschnitt etwa 40 Prozent aller Kinder in den Klassen 5 bis 9 eine solche Schule besuchen, sind es im Saarland lediglich 18 Prozent, wie es im Bildungsmonitor 2016 heißt.

Fakt ist: CDU und SPD sind von ihrem im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziel, bis zum Ende der Legislaturperiode 25 zusätzliche Gebundene Ganztagschulen einzurichten, noch weit entfernt. Stand heute gibt es erst 17 solcher Einrichtungen. Die Landesregierung ist hier eindeutig in der Bringschuld.

Antrag:

Für eine bessere Personalausstattung an saarländischen Schulen – Schluss mit dem Stellenabbau im Lehrerbereich

www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1549.pdf

Bildung darf kein Luxusgut werden: Soziale Gebührenstaffelung für alle Kita-Jahre

Eine umfassende, frühkindliche Bildung ist eine wichtige Voraussetzung, um unserem Nachwuchs eine Zukunftsperspektive zu geben. Gerade Kinder von Eltern aus bildungsfernen Schichten profitieren vom Betreuungsangebot der Kitas. Doch droht genau das, zum Luxusgut zu werden. Denn die Gebühren für die Kindertageseinrichtungen steigen stetig.

Bildung darf jedoch nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen und ist ein wesentlicher Faktor für soziale Gerechtigkeit. Daher sprechen wir uns für eine generelle Beitragsfreiheit für Kitas aus. Da dies in Anbetracht der aktuellen Haushaltsnotlage des Saarlandes jedoch schwierig umzusetzen wäre, sollte zunächst bei einer einkommensabhängigen Gebührenstaffelung angesetzt werden.



Fotolia, Tolchick

Diese gibt es bislang erst im dritten Kindergartenjahr. Je nach Monatseinkommen der Eltern kann der Kita-Besuch demnach entweder komplett beitragsfrei, hälftig beitragsfrei oder nicht beitragsfrei sein. Wir fordern, dieses Modell auf alle Kindergarten- und Kinderkrippenjahre auszuweiten. Nur so können wir langfristig allen Kindern, egal aus welcher gesellschaftlichen Schicht sie stammen, die gleichen Bildungschancen geben.

Antrag:

Kita-Beiträge sozialverträglich gestalten – Einkommensabhängige Staffelung einführen

www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1937-neu.pdf

FÜR DIE ZUKUNFT UNSERES PLANETEN: ERNEUERBARE ENERGIEN AUSBAUEN!

Die Landesregierung muss sich endlich von ihrer rückwärtsgewandten Energiepolitik verabschieden. Statt ständiger Bekenntnisse zur Kohlestromerzeugung brauchen wir einen konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dafür setzen wir uns ein – weil uns das Wohl unserer Umwelt und das zukünftige Generationen am Herzen liegen.

Der Klimawandel ist nicht mehr zu stoppen, wohl aber noch deutlich abzumildern. Doch dazu müssen wir konsequent darauf hinarbeiten, den Temperaturanstieg bis zum Jahr 2050 auf maximal zwei Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. So lautet die Vereinbarung des Pariser Klimaabkommens. Bundes- und Landesregierung sind zurzeit jedoch auf dem bestem Weg, dieses Ziel in unerreichbare Ferne zu rücken.

Ein Beispiel: Die saarländische Landesregierung blockiert beziehungsweise verzögert die Genehmigung von Windenergieprojekten. Die Folge: Das von der Grünen Vorgängerregierung im Masterplan Energie formulierte und von der Großen Koalition übernommene Ziel, den Anteil der Erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020 auf 20 Prozent zu steigern, scheint unerreichbar. Aktuell liegen wir bei etwa 14 Prozent.

MODERNISIERUNG DES KRAFTWERKSPARKS

Eine konsequente Modernisierung des Kraftwerksparks bleibt hierzulande schlichtweg aus. Stattdessen bekennt sich die Landesregierung ständig zur Kohlenenergie. Dabei ist es nicht nur aus ökologischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht unverantwortlich, an dieser Form der Stromerzeugung festzuhalten. Kohleleimer werden wegen sinkender Großhandelspreise immer unrentabler. Bestes Beispiel hierfür sind die Planungen des Konzerns Steag, die Kraftwerke Weiher und Bexbach abzuschalten.

Gleichzeitig birgt der Ausbau der Erneuerbaren Energien enormes Wertschöpfungspotenzial. Wie das Institut für Zukunfts-Energie-Systeme berechnet hat, könnten bis zum Jahr 2020 jährlich etwa 275 Arbeitsplätze auf dem Erneuerbare-Energien-Sektor durch einen konsequenten Ausbau geschaffen werden.

UMSTELLUNG AUF ELEKTROFAHRZEUGE

Den Klimawandel abzumildern, muss auch bedeuten, den CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor drastisch zu mindern. Denn dieser verursacht ein Siebtel der weltweiten Kohlenstoffdioxid-Emissionen. Hier sehen wir einerseits den Bund gefordert, deutlich mehr als bislang die Weiterentwicklung von E-Mobilität zu fördern und eine bundesweite Ladeinfrastruktur aufzubauen.

Doch auch die Länder müssen ihrer Verantwortung zur Reduzierung der Treibhausgase im Verkehrssektor nachkommen und vor allem die Umstellung im ÖPNV auf Elektro- und Hybridbusse fördern. In Baden-Württemberg beispielsweise werden die Mehrkosten für die Anschaffung von Bussen mit umweltfreundlichen Antriebskonzepten im Rahmen einer Landesinitiative bezuschusst.

Wir fordern:

- eine zügige Flexibilisierung des saarländischen Kraftwerksparks mit Fokus auf den Ausbau von Windenergie- und Photovoltaikanlagen, Biomassekraftwerken und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen
- ein Klimaschutzgesetz zu verabschieden mit verbindlichen Zielen zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes und zum Ausbau der Erneuerbaren Energien
- Forschungsprojekte im Bereich der Wasserstofftechnologie anzustoßen, um die Entwicklung von Brennstoffzellenfahrzeugen voranzutreiben
- Verkehrsunternehmen dazu anzuhalten, mittelfristig auf Elektro- und Hybridbusse umzusteigen und hierfür eine Förderung mit Landesmitteln bereitzustellen



Pixabay CCO mmurphy

Anträge:

Klimawandel bremsen, Energiewende fördern statt blockieren!

www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1863.pdf

Ausbau von Erneuerbaren Energien beschleunigen – CO₂-Emissionen senken!

www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1460.pdf

Nachhaltige Landesplanung: Weniger Flächenverbrauch, lebendige Ortskerne, attraktiver ländlicher Raum

Seit Jahren schrumpft die Bevölkerungszahl im Saarland stetig. Dennoch nimmt der Flächenverbrauch nicht ab. Pro Tag wird hektarweise neues Land, etwa für Einkaufszentren, erschlossen. Ein Beispiel für diese Situation ist die Diskussion über die geplante Ansiedlung eines Globus-Marktes im Naturschutzgebiet Betzenhölle in Neunkirchen. Sollte dieses Vorhaben genehmigt werden, würde nicht nur eine schützenswerte Fläche zerstört. Durch die Konkurrenzsituation würde auch der Einzelhandel in den umliegenden Gemeinden geschädigt.

Der wachsende Flächenverbrauch hat damit nicht nur negative ökologische, sondern auch ökonomische Folgen. Er führt dazu, dass Leerstände vor allem in Gemeinden im ländlichen Raum weiter zunehmen und die Ortskerne veröden. Um diesen Trend zu stoppen, brauchen wir eine nachhaltige Entwicklungsplanung für das Saarland. Die beiden bisher existierenden Pläne (Bereiche Umwelt und Siedlung) sind vollkommen veraltet. Der Landesentwicklungsplan Siedlung ist sogar bereits seit Juli 2016 abgelaufen.

Unser Fraktionsvorsitzender Hubert Ulrich und der Grüne-Bundestagsabgeordnete Markus Tressel haben daher ein Positionspapier vorgelegt, mit dem sie die Eckpunkte einer nachhaltigen Landesplanung für das Saarland darlegen.

Unserer Forderungen:

- Den Flächenverbrauch durch eine feste Zielmarke begrenzen
- Die Bebauung von Baulücken bevorzugen und Erhalt von Grünflächen sicherstellen
- Die Zuständigkeit für die Landesplanung künftig in einem einzigen Ministerium zusammenführen
- Kommunenübergreifende Einzelhandelskonzepte ausarbeiten
- Innerörtlichen Leerstände durch finanzielle Förderung entgegenwirken
- Die Anbindung ländlicher Räume an den Öffentlichen Personennahverkehr verbessern
- Die Vermarktung regionaler Produkte vorantreiben

Positionspapier:

Das Saarland braucht eine konsequente Landesplanung – Für Umweltschutz und attraktive Innenstädte

www.gruene-fraktion-saar.de/wp-content/uploads/2016/10/Positionspapier_Landesplanung.pdf



FÜR ECHE GLEICHSTELLUNG: „EHE FÜR ALLE“ LEGALISIEREN

Die rechtliche Gleichstellung aller Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung muss ein Grundrecht sein. Dennoch werden in Deutschland gleichgeschlechtliche Paare bis heute diskriminiert, da ihnen eine Eheschließung nach wie vor verwehrt ist. Es besteht lediglich die Möglichkeit einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. Doch werden gleichgeschlechtliche Partner dadurch unter anderem beim Adoptionsrecht stark benachteiligt.

Dabei gibt es längst keine gesellschaftspolitisch haltbaren Gründe mehr, homo- und heterosexuelle Paare in der Frage der Ehe unterschiedlich zu behandeln. Zwei Drittel der Bundesbürger sprechen sich mittlerweile für die vollständige Gleichstellung homosexueller Partnerschaften aus. Und im vergangenen Jahr haben sich neun Bundesländer mit einer Bundesratsinitiative für die „Ehe für alle“ eingesetzt – das Saarland jedoch nicht.

Mit mehreren Plenaranträgen haben wir die Landesregierung daher dazu aufgefordert, ihre ablehnende Haltung in dieser Frage aufzugeben und sich aktiv für die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe einzusetzen. Doch wurden die Anträge mit Stimmenmehrheit von CDU und SPD stets abgeschmettert. Das zeigt, wie wenig das politische Handeln dieser Landesregierung mit den Bedürfnissen unserer modernen, weltoffenen Gesellschaft vereinbar ist.

Anträge:

Ehe für alle – umfassende Gleichstellung von Paaren

www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1988.pdf

Aus Liebe zur Verantwortung – Die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare öffnen

www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1425-Neu.pdf

Verschärfte Sicherheitslage: Mehr Polizei statt mehr Kameras



Um die Prävention und auch die Aufklärung von Straftaten zu verbessern, brauchen wir ausreichend Polizeibeamtinnen und -beamte vor Ort. Polizeipräsenz kann nicht durch eine ausufernde Videoüberwachung, wie sie die Landesregierung plant, ersetzt werden.

Der jahrelange, von der Landesregierung beschlossene Stellenabbau bei der Saarpolizei hat Spuren hinterlassen. Alleine 2015 haben die Beamtinnen und Beamten 262.000 Überstunden angehäuft. Aufgrund dieser Situation fordern wir bereits seit Jahren von der Landesregierung, ihren Sparkurs im Polizeibereich aufzugeben. Dieser sah ursprünglich vor, bis zum Jahr 2020 insgesamt 300 Stellen zu streichen.

Doch selbst nach den Anschlägen von Paris und Brüssel blieb eine Reaktion des zuständigen Innenministers Klaus Bouillon aus. Ein Plenar Antrag unserer Fraktion im April 2016, mit dem wir eine Aufstockung der Ausbildungsstellen bei der Polizei von 90 auf 110 jährlich gefordert haben, wurde von der Großen Koalition abgelehnt. Die verschärfte Sicherheitslage in Europa war damals längst bekannt. Erst vier Monate später ist Innenminister Bouillon unserer Forderung gefolgt.

SCHEINDISKUSSION VIDEOÜBERWACHUNG

Ob diese Stellenaufstockung ausreichend ist, wird sich zeigen müssen. Klar ist aber, dass Minister Bouillon damit lediglich den Stellenabbau aus den Jahren 2014 und 2015 kompensiert. Was ebenso klar ist: Eine nahezu flächendeckende Videoüberwachung, wie er sie fordert, kann kein Ersatz für fehlendes Polizeipersonal sein. So plant Bouillon künftig nicht nur Kriminalitätsschwerpunkte, sondern auch Feste und Feiern auf Veranstaltungsplätzen durch Kameras überwachen zu lassen.

Dies steht nicht nur grundlegenden Freiheitsrechten der Bürger entgegen. Auch der Nutzen solcher Überwachungsstaat-Maßnahmen ist fragwürdig. Denn was die Prävention von Delikten angeht, sind Beamtinnen und Beamte

vor Ort durch keine Kamera der Welt zu ersetzen. Nur sie können im Notfall eingreifen, Übergriffe verhindern und Täter zügig stellen. Statt also im großen Stil Geld in eine ausufernde Videoüberwachung zu investieren, täte Minister Bouillon gut daran, diese Mittel für eine weitere Verbesserung der Personalausstattung bei der Polizei zu verwenden.

Antrag:

Stellenabbau bei der saarländischen Polizei aussetzen – wieder mehr Kommissaranwärterinnen und -anwärter einstellen

landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1774.pdf

JUSTIZBEREICH STÄRKEN

Eine personelle Verstärkung bei der Polizei muss Hand in Hand mit einer Stellenaufstockung im Justizbereich gehen. Denn da eine verbesserte Aufklärungsquote abzusehen ist, wird zwangsläufig auch die Zahl gerichtlicher Verfahren steigen. Laut Angaben des Saarländischen Richterbundes fehlen schon jetzt am Landgericht Saarbrücken neun bis zehn Richter. Außerdem sind die Staatsanwälte völlig überlastet. Bereits im Jahr 2014 habe es rund 15 Stellen zu wenig gegeben.

Zwar hat die Landesregierung angekündigt, zunächst auf den Abbau von insgesamt fünf Richter- und Staatsanwaltsstellen zu verzichten. An ihrem generellen Vorhaben, 40 Stellen in diesem Bereich zu streichen, hält sie aber fest. Das Einsparziel soll nun erst im Jahr 2022 statt 2020 erreicht sein. Damit verschiebt sie die Personalproblematik in die Zukunft und gefährdet langfristig den rechtsstaatlichen Ablauf von Verfahren. Daher fordern wir einen Stopp des geplanten Stellenabbaus. Die Landesregierung muss die Kritik des Richterbundes ernstnehmen und für eine ausreichende Personalisierung der Richterämter und Staatsanwaltschaften sorgen.

Zum Wohl unserer Mitgeschöpfe



Tierversuche eindämmen! Tierheim-Finanzierung sicherstellen!

Der Tierschutz ist sowohl im Grundgesetz als auch in der saarländischen Verfassung als Staatsziel formuliert. Es ist unser Auftrag, unsere Mitgeschöpfe zu achten und zu schützen und ihnen unnötiges Leid zu ersparen. Doch bis zu diesem Ziel scheint es noch ein langer Weg zu sein: Alleine im Jahr 2015 gab es im Saarland laut Angaben der Landesregierung mehr als 26.000 Tierversuche. Im Zehn-Jahres-Vergleich hat sich die Zahl damit verdoppelt.

Wissenschaftler zweifeln den Sinn solcher Versuche seit Langem an. Häufig sind die Versuchsergebnisse nicht auf den Menschen zu übertragen – viele Tiere müssen also unnötig sterben. Wir setzen uns daher für die Erforschung von pharmazeutischen Alternativmethoden ein. Die Landesregierung muss endlich Kooperationen mit Tierschutzverbänden und Forschungseinrichtungen eingehen, Forschungsprojekte anstoßen und diese mit Landesmitteln unterstützen. Wissenschaftlicher Fortschritt und Tierschutz dürfen sich nicht ausschließen.

TIERHEIME IN FINANZNOT

Die Situation der Tierheime in Homburg und Niederlinxweiler ist prekär. Insolvenzen konnten in der Vergangenheit nur kurzfristig abgewendet werden. Dabei müsste der Landesregierung bewusst sein, dass die Unterhaltung solcher Einrichtungen nicht alleine durch das ehrenamtliche Engagement der Mitarbeiter, Vereinsbeiträge und Spenden gewährleistet werden kann.

Eine Möglichkeit zur Verbesserung der finanziellen Situation besteht in einem sogenannten Konsortialvertrag. Einen solchen haben die Kommunen in den Landkreisen Merzig-Wadern und Saarlouis mit dem Dillinger

Tierheim abgeschlossen. Damit hat sich das Tierheim zur Aufnahme von Tieren aus den beiden Landkreisen verpflichtet, erhält im Gegenzug pro Einwohner und Jahr 90 Cent für Unterkunft und Versorgung der Vierbeiner. Wir erwarten von Umweltminister Reinhold Jost, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass ein solches Modell auch für die Tierheime in Homburg und Niederlinxweiler kommt.

Auf lange Sicht kann eine Lösung jedoch nur darin bestehen, die Zahl der Tiere in den Tierheimen deutlich zu reduzieren. Daher setzen wir uns für eine Kennzeichnung- und Kastrationspflicht für Katzen ein. Es ist begrüßenswert, dass die Landesregierung dieser Forderung folgen und eine entsprechende Verordnung erlassen will. Die Kastrationspflicht für Katzen, die nicht ausschließlich in der Wohnung gehalten werden, ist ein wichtiger Schritt, um die unkontrollierte Vermehrung der Tiere einzuschränken. Mit einem implantierten Chip gekennzeichnete Fundtiere können außerdem schnell wieder ihrem Besitzer zugeordnet werden.

Anfragen zum Thema Tierschutz:

Fuchsschonzeit und Räude

www.landtag-saar.de/Drucksache/Aw15_2004.pdf

Nachfrage zur Antwort der Landesregierung auf die Anfrage „Auswirkungen der Fuchsschonzeit“

www.landtag-saar.de/Drucksache/Aw15_1505.pdf

Auswirkungen der Fuchsschonzeit

www.landtag-saar.de/Drucksache/Aw15_1441.pdf

SCHAFFUNG PREISWERTEN WOHNRAUMS FÖRDERN!

Der Bedarf nach preisgünstigem Wohnraum für sozial schwächere Menschen wird deutschlandweit in Zukunft drastisch steigen. Das Saarland muss dringend mehr in die Förderung des sozialen Wohnungsbaus investieren. Denn der Bestand an Sozialwohnungen sinkt dramatisch.

Im Saarland mangelt es zwar auf den ersten Blick nicht an Wohnraum. Landesweit gibt es rund 21.000 Wohnungen mehr als Haushalte. Dennoch steuern wir auf dem Wohnungsmarkt auf einen Mangel zu, und zwar an preisgünstigem Wohnraum für sozial schwächere Menschen. Während es im Jahr 2007 noch 4000 Wohnungen mit Sozialbindung hierzulande gab, sind Stand 2016 gerade noch 1100 übrig geblieben.

Der Bedarf nach solchem Wohnraum wird jedoch steigen. Das auf den Wohnungsmarkt spezialisierte Pestel-Institut hat errechnet, dass deutschlandweit bis zum Jahr 2020 jährlich etwa 80.000 zusätzliche Sozialwohnungen gebraucht werden. Die Gründe hierfür sind unter anderem in der Flüchtlingssituation, aber auch in der fortschreitenden Alterung der Bevölkerung und der wachsenden Altersarmut zu finden. Von letzterer Entwicklung ist das Saarland besonders betroffen. Schon heute liegt das Armutsrisiko von über 65-Jährigen hierzulande mit 20 Prozent weit über dem Bundesdurchschnitt von 14,4 Prozent (Quelle: Statistisches Bundesamt).

Wir brauchen also dringend mehr Investitionen in die Sanierung von Sozialwohnungen und in den Neubau. Um hier Anreize für Unternehmen zu schaffen, fordern wir von der Landesregierung, ihnen Zuschüsse für die Einrichtung von Sozialwohnungen zu gewähren. Hierzu haben wir im Oktober-Plenum des Landtages einen Antrag eingebracht, der einstimmig zur Beratung in den zuständigen Ausschuss überwiesen wurde. Wir erwarten nun von der Landesregierung, die Forderung nach einem Zuschussmodell schnellstmöglich umzusetzen.

Anträge:

Schaffung preiswerten Wohnraums nachhaltig fördern, Zuweisungen für den sozialen Wohnungsbau zweckgerichtet verwenden!

www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_1700-neu.pdf

Nachhaltige soziale Wohnraumförderung sicherstellen – Zweckbindung der zugewiesenen Mittel wieder herstellen!

www.landtag-saar.de/Drucksache/Ag15_0907.pdf



Pixabay.com/WolfBlur

KERNKOMPETENZ DER LANDESREGIERUNG:

G€LDVERNICHTUNG IM GROSSEN STIL

Fahrlässig und dilettantisch: So lässt sich der Umgang der Landesregierung mit den Finanzen des Saarlandes beschreiben. Wir haben mit parlamentarischen Anfragen und unserer Arbeit in den Untersuchungsausschüssen den Finger in die Wunde gelegt und jahrelanges Missmanagement aufgedeckt. Millionendebakel um den IV. Pavillon, das HTW-Hochhaus und die Meeresfischzucht Völklingen sind die prominentesten Beispiele.

IV. PAVILLON

Vertuschung, Täuschung, Größenwahn: Auf diesen Nenner lässt sich das Debakel um den Museumserweiterungsbau IV. Pavillon bringen. Während die Kosten für den Neubau von der CDU-Alleinregierung im Jahr 2009 mit neun Millionen Euro beziffert wurden, sprechen wir heute von wenigstens 40 Millionen. Das Thema beschäftigt bereits seit fünf Jahren einen Untersuchungsausschuss im Landtag. Unsere Aufklärungsarbeit hat gezeigt: Der faktische Baustillstand, der im Jahr 2011 verhängt wurde und Hauptgrund für die Kostenexplosion ist, war nicht zu rechtfertigen. Es gab weder planerische noch bauliche Mängel.

Politische Verantwortung dafür will bis heute niemand übernehmen. Dabei nahm der Skandal schon 2009 unter der damaligen Kulturministerin Annegret Kramp-Karrenbauer seinen Lauf. Sie täuschte die Öffentlichkeit in Bezug auf die Baukosten, indem sie diese in einer Presseerklärung mit 14,5 Millionen Euro bezifferte. Allerdings lagen schon damals Schätzungen von 20,1 Millionen Euro vor. Und der Landesrechnungshof sprach bereits von 26 Millionen Euro. Zu diesem Preis hätte der Museumsbau letztlich auch fertiggestellt werden können.

HTW-HOCHHAUS

Zum Wintersemester 2013/14 hätten die Studierenden der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) eigentlich ihr neues Lehrgebäude auf dem Campus Alt-Saarbrücken beziehen

sollen. Doch bis heute steht es wegen Brandschutzmängeln leer. Mit den notwendigen Umbauarbeiten wurde erst vor kurzem begonnen. Und vor August 2017 werden sie nicht abgeschlossen sein. Zu den ursprünglichen 20 Millionen Euro Sanierungskosten kommen mindestens 16 Millionen Euro an Umbaukosten, Kosten für die Instandhaltung sowie für Ausweichquartiere der HTW hinzu.

Der Grund für das Debakel: Der ursprünglich zuständige Investor hatte das Brandschutzkonzept für 200 statt der notwendigen 1.000 Personen erstellt. Daher will das Land die Verzögerungskosten gegenüber dem Unternehmen auch geltend machen. Es ist jedoch fraglich, welche Chancen man sich in einem Rechtsstreit ausrechnen kann. Denn die Landesregierung musste auf unsere Nachfrage hin einräumen, dass eine Zahl von 1000 Personen in den Ausschreibungsunterlagen für das Projekt gar nicht konkret genannt wurde. Schlimmstenfalls könnte das Land also auf allen Kosten sitzen bleiben.

MEERESFISCHZUCHT VÖLKLINGEN

Die Reihe folgenschwerer Fehlentscheidungen setzt sich bei der Fischzucht Völklingen fort. 20 Millionen Euro an Steuergeldern wurden verschwendet. Die beteiligten Völklinger Stadtwerke sind in eine erhebliche finanzielle Schieflage geraten. Auch mit diesem Thema haben wir uns in einem Untersuchungsausschuss im Landtag beschäftigt. Schnell wurde klar, dass dieses Leuchtturmprojekt schlicht politischer Wille

gewesen ist. Sämtliche Bedenken hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit einer solchen Zuchtanlage wurden ignoriert. Hier zeichnet abermals Annegret Kramp-Karrenbauer verantwortlich. Ihr war bereits im Jahr 2007, vor Bau der Anlage, in ihrer Funktion als Innenministerin das wirtschaftliche Risiko wohlbekannt. Dennoch hat sie das Projekt nicht verhindert.

Antrag IV. Pavillon:

Keine Ablenkungsdiskussion beim IV. Pavillon – echte Transparenz schaffen

 www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15_1349.pdf

Anfrage IV. Pavillon:

Kosten für die Realisierung des IV. Museumspavillons seit dem Zeitpunkt der Einsetzung von Meinrad Maria Grewenig als Interimschef der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz


 www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Aw15_1187.pdf

Anfragen HTW:

Kosten infolge der Verzögerung des Bezugs des HTW-Hochhauses

 www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Aw15_1411.pdf

Nachfrage zur Antwort der Landesregierung auf die Anfrage betreffend Kosten infolge der Verzögerung des Bezugs des HTW-Hochhauses

 www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Aw15_1676.pdf

Wir wünschen Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und bedanken uns für das entgegengebrachte Vertrauen. Viel Glück und Erfolg im neuen Jahr.

Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen



Hubert Ulrich
Fraktionsvorsitzender



Klaus Kessler
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Michael Neyses
Parl. Geschäftsführer

INFORMATIONEN GEFÄLLIG?

Sie hätten gerne Informationen zur Arbeit im Landtag? Melden Sie sich einfach unter: 0681/5002-508 oder fraktion@gruene-saar.de

 **SCHENK UNS
DEINEN DAUMEN!**

www.fb.com/GrueneFraktionSaar



IMPRESSUM: Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion im Landtag des Saarlandes,
Franz-Josef-Röder Str. 7, 66119 Saarbrücken,
Tel.: 0681/5002-508, Fax: 0681/5002-511
E-Mail: fraktion@gruene-saar.de
Fotos: Wikipedia, B. 90/Die Grünen, Freemages
Druckerei: johnen-druck GmbH & Co.KG

Pressesprecher, Redaktion: Björn Heib,
Tel.: 0681/5002-538, Fax: 0681/5002-511
b.heib@landtag-saar.de